

Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel (GLM)

vom 15.04.2024 (Abl. Nr. 10 vom 14.05.2014)

Aufgrund des § 3 und des § 93 Absatz 1 Satz 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) i. V. m. § 3 der Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden (EigV) in der jeweils geltenden Fassung hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel in ihrer Sitzung vom 27.03.2024 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Name und Rechtsstellung des Eigenbetriebes

- (1) Der Eigenbetrieb trägt den Namen „Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel (GLM)“.
- (2) Das Zentrale Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel wird als organisatorisch, verwaltungsmäßig und wirtschaftlich selbstständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften insbesondere des § 93 BbgKVerf und der Eigenbetriebsverordnung (EigV) sowie den Bestimmungen dieser Satzung geführt.

§ 2

Gegenstand des Eigenbetriebes

- (1) Aufgabe des Eigenbetriebes ist es, die Gebäude und Liegenschaften der Stadt Brandenburg an der Havel, soweit sie dem Eigenbetrieb als wirtschaftliches Eigentum übertragen sind, nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu bewirtschaften, hiermit verbundene infrastrukturelle Leistungen zu erbringen, Bauunterhaltung, Sanierung, Um- und Ausbau, Neubau sowie Rückbau durchzuführen und ein Liegenschaftsmanagement zu betreiben. Der Eigenbetrieb hat auch den Stadtwald zu bewirtschaften. Die Überlassung von Räumen, Gebäuden und Liegenschaften erfolgt, soweit zweckmäßig nach dem Mieter-/Vermietermodell. Darüber hinaus erbringt der Eigenbetrieb – unabhängig vom wirtschaftlichen Eigentum innerhalb der Stadtverwaltung – weitere gebäude- und liegenschaftsbezogene Dienstleistungen für andere Organisationseinheiten und Sondervermögen der Stadtverwaltung.
- (2) Der Eigenbetrieb nimmt für alle Grundstücke, die im grundbuchlichen Eigentum der Stadt Brandenburg an der Havel stehen, die Eigentümerfunktion wahr, insbesondere durch Abgabe von rechtsgeschäftlichen und insbesondere grundbuchlichen Erklärungen und Bewilligungen.
- (3) Der Eigenbetrieb führt den Grundstücksverkehr durch, insbesondere den An- und Verkauf von Grundstücken sowie die Bestellung von Erbbaurechten.
- (4) Er betreibt das Schwimm- und Erlebnisbad auf dem Marienberg (Marienbad).

§ 3

Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebes wird in Höhe von 75.600 € (in Worten: fünfundsiebzigtausendsechshundert Euro) festgesetzt.

§ 4

Werkleitung

- (1) Zur Leitung des Eigenbetriebes wird durch die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin eine Werkleitung bestellt. Die Werkleitung besteht aus einem Werkleiter/einer Werkleiterin.
- (2) Die Werkleitung nimmt die Aufgaben nach § 5 EigV wahr. Sie leitet den Eigenbetrieb selbstständig und entscheidet in allen Angelegenheiten des Eigenbetriebes, soweit diese nicht nach den Bestimmungen der BbgKVerf, der EigV oder dieser Betriebssatzung der Stadtverordnetenversammlung, dem Werksausschuss oder dem Oberbürgermeister/der Oberbürgermeisterin vorbehalten sind. Die Werkleitung ist für die wirtschaftliche Führung des Eigenbetriebes nach kaufmännischen Grundsätzen verantwortlich.

- (3) Der Werkleitung obliegen insbesondere die laufenden Geschäfte (Angelegenheiten der laufenden Verwaltung und Betriebsführung) des Eigenbetriebes. Dazu gehören u. a. alle im laufenden Betrieb regelmäßig wiederkehrenden Maßnahmen, die zur Durchführung der Aufgaben, zur Aufrechterhaltung des Betriebes und zum reibungslosen Geschäftsablauf notwendig sind. Gemäß § 3 Abs. 4 Satz 1 EigV wird festgelegt, dass zu diesen Geschäften insbesondere diejenigen Geschäfte im Sinne des § 6 Abs. 4 dieser Betriebsatzung zählen, bei denen die jeweilige Wertgrenze der Zuständigkeit des Werksausschusses nicht erreicht wird.
- (4) Die Werkleitung hat den Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin und den Werksausschuss gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 EigV über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebes unverzüglich zu unterrichten sowie nach § 20 EigV quartalsweise Zwischenberichte zu erstellen.
- (5) Die Werkleitung ist Vorgesetzte aller Beschäftigten des Eigenbetriebes. In dieser Funktion ist sie zur Steuerung der innerbetrieblichen Organisation befugt, den Beschäftigten des Eigenbetriebes fachliche Weisungen zu erteilen.

§ 5

Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in Angelegenheiten des Eigenbetriebes

- (1) Die Werkleitung vertritt in den Angelegenheiten des Eigenbetriebes die Stadt Brandenburg an der Havel, sofern die BbgKVerf und die EigV nichts anderes bestimmen.
- (2) Die Werkleitung ist befugt, im Rahmen und unter Beachtung der Formerfordernisse des § 6 EigV Beschäftigte des Eigenbetriebes bzw. im Eigenbetrieb tätige Beamte der Gemeinde für einzelne Angelegenheiten oder bestimmte Sachgebiete mit der Vertretung des Eigenbetriebes zu beauftragen.
- (3) Die Vertretungsberechtigten sowie der Umfang der Vertretungsbefugnis werden durch die Werkleitung im „Amtsblatt für die Stadt Brandenburg an der Havel“ ortsüblich bekannt gemacht.

§ 6

Werksausschuss

- (1) Es kann ein Werksausschuss gebildet werden. Der Werksausschuss besteht aus sieben Stadtverordneten und fünf sachkundigen Einwohnern, für die jeweils ein Stellvertreter/eine Stellvertreterin benannt werden kann. Soweit ein Werksausschuss nicht gebildet wird, nimmt der Hauptausschuss die Befugnisse des Werksausschusses wahr (§ 8 Abs. 5 der Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden – EigV).
- (2) Für den Vorsitz, die Einberufung und das Verfahren im Werksausschuss sowie die Rechte und Pflichten seiner Mitglieder findet § 8 EigV Anwendung.
- (3) Für die Angelegenheiten des Eigenbetriebes, die der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung unterliegen, wird der Werksausschuss als beratender Ausschuss tätig.
- (4) Über alle Angelegenheiten des Eigenbetriebes, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadtverordnetenversammlung, des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin oder der Werkleitung fallen, entscheidet der Werksausschuss als beschließender Ausschuss, insbesondere über folgende Angelegenheiten:
 - a) Geschäfte über Vermögensgegenstände, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag von 150.000 € überschreitet und den Betrag von 500.000 € nicht übersteigt;
 - b) sonstige Verträge, wenn der Vertragswert im Einzelfall den Betrag von 150.000 € überschreitet und den Betrag von 500.000 € nicht übersteigt; ausgenommen ist die Zuschlagserteilung in vergaberechtlichen Verfahren;
 - c) über die Einleitung von Vergabeverfahren im Sinne des § 30 KomHKV mit einem Geschäftswert von mehr als 100.000 € zu Projekten und Beschaffungen, die nicht ständig wiederkehren und nicht im Wirtschaftsplan enthalten und erläutert sind;
 - d) Stundung von Zahlungsverpflichtungen, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 50.000 € überschreitet und den Betrag von 500.000 € nicht übersteigt;
 - e) Erlass und Niederschlagung von Forderungen, wenn sie im Einzelfall die Höhe von 50.000 € überschreiten und die Höhe von 150.000 € nicht übersteigen;
 - f) Aufnahme von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften sowie Abschluss sonstiger Rechtsgeschäfte, die einer Aufnahme von Darlehen wirtschaftlich gleichkommen, soweit sie den Betrag von 50.000 € überschreiten und den Betrag von 500.000 € nicht übersteigen.

§ 7

Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt in allen den Eigenbetrieb betreffenden Angelegenheiten nach § 28 Absatz 2 BbgKVerf, § 7 EigV und § 15 der Hauptsatzung der Stadt Brandenburg an der Havel.

§ 8

Stellung des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin

- (1) Dem Oberbürgermeister/der Oberbürgermeisterin unterliegen die personalrechtlichen Befugnisse für den Eigenbetrieb.
- (2) Der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin wird
 - a) im Rahmen des § 6 Absatz 3 EigV zur gemeinsamen Zeichnung von Erklärungen und
 - b) im Rahmen seines/ihres Weisungs- und Anordnungsrechts nach § 9 Absätze 1 und 2 EigV zur Wahrung der Einheitlichkeit der Stadtverwaltung, zur Sicherung der Erfüllung der Aufgaben des Eigenbetriebes und zur Beseitigung von Missständen tätig.

§ 9

Wirtschaftsführung und Rechnungswesen

- (1) Der Eigenbetrieb wird nach den Grundsätzen eines sparsam wirtschaftenden und leistungsfähigen Betriebes unter Beachtung der Aufgabenstellung geführt. Wirtschaftsführung und Rechnungswesen richten sich nach den Vorschriften des Abschnittes 2 der EigV. Der Eigenbetrieb ist als Sondervermögen der Stadt Brandenburg an der Havel zu verwalten und nachzuweisen.
- (2) Das Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebes entspricht dem Haushaltsjahr der Stadt Brandenburg an der Havel.

§ 10

Jahresabschluss und Lagebericht

- (1) Gem. § 21 Abs. 1 EigV stellt die Werkleitung für den Eigenbetrieb einen Jahresabschluss auf, der sich aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Finanzrechnung und Anhang zusammensetzt. Nach § 21 Abs. 2 EigV ist als Anlage zum Jahresabschluss ein Lagebericht aufzustellen.
- (2) Die Stadtverordnetenversammlung schlägt den Abschlussprüfer vor.
- (3) Für die Jahresabschlussprüfung werden § 106 BbgKVerf und Abschnitt 3 der EigV angewendet. Der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin leitet den geprüften Jahresabschluss dem Werksausschuss und danach der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung zu.

§ 11

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2025 in Kraft. Die bisherigen Betriebssatzungen für den Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel (GLM) und für den Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel treten mit Ablauf des 31.12.2024 außer Kraft.